

Mitteilung Nr. MIT-AF 9/2023		
zur Anfrage Nr. nach § 38 GOSTVV der Stadtverordneten der Fraktion vom	AF- 9/2023 Petra Coordes DIE GRÜNEN PP 25.01.2023	
Thema:	Wohngeld-Plus-Gesetz (GRÜNE PP)	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz ist ab 01.01.2023 eine Wohngeldreform zur Unterstützung von Haushalten mit wenig Einkommen in Kraft getreten. Durch diese Reform ist mit einer Verdreifachung der leistungsberechtigten Haushalte zu rechnen.

Um die Stellenbedarfe den Veränderungen anzupassen, hat der Personal- und Organisationsausschuss in seiner Sitzung am 21.09.2022 einen unbefristeten außerplanmäßigen Bedarf von 8,0 Stellen für Sachbearbeiter*innen im Abschnitt Wohngeld anerkannt. Zusätzlich wurden in einer Vorab-Anerkennung weitere überplanmäßige Bedarfe in einer zwischen dem Dezernat V (Sozialamt) und dem Dezernat I (Magistratskanzlei) abzustimmenden Größenordnung beschlossen, die dann unverzüglich nach Feststehen der Reformbedingungen abzuleiten sei.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele der 8,0 Stellen für Sachbearbeiter*innen im Abschnitt Wohngeld konnten bereits besetzt werden?
2. Ist bereits eine Abstimmung über weitere überplanmäßige Bedarfe zwischen dem Dezernat V (Sozialamt) und dem Dezernat I (Magistratskanzlei), gemäß der Beschlussfassung des Personal- und Organisationsausschusses, erfolgt? Wenn Ja: Welchen Inhalt hat die Abstimmung?
3. Wie viele Anträge auf Wohngeld sind bisher im Rahmen des Wohngeld-Plus-Gesetzes gestellt worden?
4. Gibt es insgesamt Rückstände bei der Bearbeitung von Wohngeldanträgen? Wenn Ja: Wie viele Anträge konnten insgesamt bisher nicht bearbeitet werden?

Petra Coordes und Fraktion
DIE GRÜNEN PP

II. Der Magistrat hat am 15.03.2023 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

1. Zur Umsetzung des Wohngeld-Plus-Gesetzes konnten im Abschnitt Wohngeld bisher 8,65 VZÄ besetzt werden.
2. Die Dezernate V und I sind mit Blick auf die Entwicklung der Antragszahlen im laufenden Austausch zu weiteren Stellenbedarfen.
3. Ende Januar 2023 wurden 693 Neuanträge auf Wohngeld gestellt.
4. Aufgrund technischer Probleme mit dem Fachverfahren für Wohngeld können Anträge seit Dezember 2022 nicht umfassend bearbeitet werden. Insgesamt liegt ein Rückstand von 1200 Anträgen vor.

Grantz
Oberbürgermeister